

Hintergrundinformation zur Medienmitteilung

Wollerau,
15. November 2012

Der Werkplatz Schweiz 2025

338'000 Beschäftigte zählte die Maschinen-, Elektro- und Metall- (kurz MEM-)Industrie Mitte 2012. Fünf Jahre zuvor waren es 318'500 oder 20'000 weniger. Steht also alles zum Besten? Nicht ganz. Der aktuelle Frankenkurs sowie die weltweit grassierende Wettbewerbs-, Banken- und Staatsschuldenkrisen machen nun auch dieser Branche und damit dem Werkplatz Schweiz erheblich zu schaffen. Lange vermochte sich die exportorientierte Industrie – unterstützt von der Schweizerischen Nationalbank SNB – gut über Wasser zu halten. Eine steigende Zahl von Entlassungen und publik gemachte Unternehmensprobleme machen nun deutlich, dass sich die Lage verschärft. Wie wird der Werkplatz Schweiz auf diese Herausforderung reagieren? Was muss getan werden, damit er 2025 noch die heutige Rolle in unserer Volkswirtschaft spielt? Antworten auf diese und weitere Fragen wurden an den vom Beirat der Inova Management veranstalteten CrossViews 2012 diskutiert und gesucht.

SNB kauft Zeit für Produktivitätsverbesserungen

Boris Zürcher, Direktor und Chefökonom der BAKBasel Economics AG, analysierte den Werkplatz aus einer makroökonomischen Warte und stellte die Frage, ob die Schweiz an der „Holländischen Krankheit“ leidet. Dieses Phänomen ist auch in anderen Ländern zu beobachten, wenn es unter dem Druck boomender Branchen – in der Schweiz primär der Finanzindustrie – zu einer Faktorumverteilung und Desindustrialisierung kommt. Gefährlich für die Volkswirtschaft werde die „Dutch Disease“ vor allem dann, wenn die Volkswirtschaft ihre Fähigkeit zum Wandel einbüßen würde, denn diese sei die Voraussetzung für Wachstum. Hier aber stehe die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut da: Schliesslich sei die Wertschöpfung der Industrie pro Kopf der Bevölkerung in der Schweiz im internationalen Vergleich mit Abstand am höchsten. Mittel- bis längerfristig geht Zürcher dennoch von einem wachsenden tertiären und schrumpfenden sekundären Sektor aus. Hauptrisiko für die Exportindustrie sei zurzeit der Wechselkurs. Mit dem Anbinden an den Euro kaufe die SNB einfach Zeit, die von der Industrie genutzt werden müsse, ihre Produktivität zu steigern. Wer das nicht täte oder könne, werde bestraft. Wann der Franken wieder freigegeben werde, wisse niemand. Doch wenn es dazu käme, müsse mit einer Aufwertung auf Paritätsniveau zum Euro gerechnet werden. Anzeichen dafür, dass sich der Frankenkurs in absehbarer Zeit von sich aus abschwächt, sieht der Ökonom nicht.

Politik muss adäquat handeln

Auch Josef Lang, Historiker, Politiker und bis 2011 grüner Nationalrat, sieht Arbeitsplätze auf dem Werkplatz in Gefahr, primär in der Produktion, weniger in Entwicklung und Engineering.

Auch er macht den hohen Frankenkurs und die Lohnkosten dafür verantwortlich, dass immer mehr Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden und Schweizer Unternehmen Arbeitsplätze praktisch nur noch im Ausland schaffen. Doch Lang hat eine Antwort auf die Herausforderung parat, die sich damit stellt. Er setzt auf die ökologische und klimapolitische Ausrichtung der Schweiz und glaubt, den Werkplatz so stärken zu können. Als Hebel sieht er die Cleantech-Initiative der SP, die bis 2030 136'000 bis 176'000 Arbeitsplätze schaffen soll. Er unterstützt auch die Volksinitiative „Nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft“, welche den Schweizer Ressourcenverbrauch bis 2050 vom heutigen ökologischen Fussabdruck 3 auf einen solchen von 1 senken werde. Die Wirkung dieses Programms zugunsten des Werkplatzes Schweiz sei noch umfassender als die der Gebäude- und Haustechnik für die Industrie. Und er schwört auf die motivierende Wirkung der ökologischen Ausrichtung auf Lehrlinge und Berufsschüler. Dabei ist er sich durchaus bewusst, dass diese Programme ein adäquates Handeln des Staates bedingen – das er in der Vergangenheit eher vermisst habe – und dass über Steuern (mit)finanziert werden muss, was wiederum zu höheren Abgaben für Unternehmen und Bürger führen würde. Die Konsequenz sei o.k. Doch Josef Lang widerspricht der Befürchtung, dass sich höhere Steuern restriktiv auf den Werkplatz auswirken werden. Wirtschaftlich so erfolgreiche Länder wie Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden seien Hochsteuerländer im Vergleich zur Schweiz. Und all diesen Ländern gehe es gut.

Top-Produkte können noch bleiben

Aus einem dritten Blickwinkel, dem eines erfolgreichen und konkret betroffenen Maschinenbauers und Unternehmers, analysierte Christof Stürm, CEO der Steinemann Technology AG, die Lage. Die Hauptprobleme des Werkplatzes Schweiz seien klar: die Preisinsel mit ihren hohen Kosten – nicht nur für die Konsumenten - und ihre hohen Löhne. Beides würde die Wettbewerbsfähigkeit im Export dramatisch erschweren. Hier wurde Stürm konkret: Würde die verarbeitende Industrie der Schweiz mit Lohnkosten von 41 Fr./Std. kalkulieren, lägen die Ansätze in Deutschland bei umgerechnet 34 Fr. und in Italien noch bei 26 Fr. Die Löhne ihrer Ostschweizer Mitarbeiter würden für das nächste Jahr mit total 103'000 Fr. zu Buche schlagen, während die Konkurrenz in Norditalien mit 52'000 Fr., also exakt der Hälfte, rechne. Diese Differenz mit einer höheren Produktivität, auf die immer verwiesen werde, aufzufangen, sei extrem schwierig bis unmöglich. Deshalb hat Stürm schon 2005 einen Teil des Betriebs nach Shanghai ausgelagert, um dort Standardmaschinen für die boomenden Märkte zu produzieren. In der Schweiz werden seither nur noch Top-Modelle hergestellt – und noch immer zu 100 % exportiert. Dies allerdings mit Margen, die den Namen kaum mehr verdienen. Der Ostschweizer Unternehmer deckt damit ein typisches Werkplatz-Dilemma auf: Produktivitätsgewinne seien der Lösungsansatz für das Kosten- und Währungsproblem. Doch sie könnten nur mit guten und gut bezahlten Mitarbeitenden erzielt werden, was die Kosten weiter steigert. Einen kurzfristigen Ausweg aus der Situation erkennt er – wie die anderen Referenten – nicht.

Nicht gemachte Fehler als Stärke erleben

Dass auch gesellschaftliche Aspekte die Zukunft des Werkplatzes Schweiz beeinflussen, zeigte der Ökonom und Autor Beat Kappeler. Er unterschied vier Kategorien. Erst einmal seien es die Fehler anderer Länder, die die Schweiz nicht nachgemacht hätte. Die Liste der Beispiele war lang und reichte von der Verkürzung der Wochenarbeitszeiten, der Reglementierung der Arbeitsmärkte mitsamt ihren Konsequenzen in Gestalt hoch defizitärer Sozialversicherungen, bis zum unbändigen Glauben an einen „vulgären“ Keynesianismus und der unglaublichen Schulden auf allen öffentlich-rechtlichen Ebenen. Selbstverständlich stand die Einführung des Euro – ge-

gen die explizite Warnung von über 150 Ökonomen – auch auf der Liste. Inzwischen sorgten Länder wie Japan, die USA und Grossbritannien im Gleichschritt mit der EZB für ein massives Inflationspotenzial, indem sie unsägliche Mengen von Geld schöpften. Und was vor wenigen Jahren noch für jeden Ökonomen der absolute Horror gewesen sei, das Ankaufen von Staatsanleihen durch die Zentralbank, weil damit das Vertrauen in die eigene Währung massiv geschädigt würde, gehöre heute fast schon zum Tagesgeschäft.

Einen spezifischen Vorteil erkannte Kappeler in der der Schweiz eigenen „Feedback-Gesellschaft“. Es seien zahlreiche Rückkoppelungseffekte in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, die uns stark machten, zudem hohe Recyclingquoten bei Glas, Papier, Aluminium, Elektroschrott und vielen anderen Dingen. Für Kappeler ist dies der Beweis für das Verantwortungsbewusstsein der Bürger. Schliesslich hätte die Schweiz die direkte Demokratie, deren Entscheidungsprozedere den Vorteil aufweise, dass umstrittene Fragen vor der Abstimmung bereinigt und kompromissfähig gemacht würden. Zusammenfassend stellt er fest, dass die „Collective Intentionality“ und die „Feedback-Intensität“ die Vitalität der Gesellschaft und ihre Problemlösungsfähigkeit stärkten, weil sich der Einzelne ins Kollektiv einfüge, auch wenn er nicht konkret davon profitiere. Das Resultat, das gemeinsam erzielt werde, überzeuge ihn einfach: Das Engagement ist die Mühe wert.

Keinesfalls nur humoristisch, sondern durchaus ernst gemeint war die Beurteilung der Schweizer Regierung als Stärke und Hoffnungsträger des Werkplatzes. Vergleiche mit dem Politbüro Chinas zeigten Gemeinsamkeiten, gab Kappeler zum Besten. So folge die Erneuerung des Gremiums relativ geheim gehaltenen Ritualen. Die „Nacht der langen Messer“ in Bern vor der BR-Wahl entscheide sehr vieles, ohne dass dies im Detail an die Öffentlichkeit komme. Abgesetzt würden die Mitglieder auch nur ganz selten (wie in China) und nach ihrem Austritt verschwänden sie in der Regel aus der öffentlichen Wahrnehmung bzw. träten ins Glied zurück. Und dann wurde er ernst: Die Entscheidungsfähigkeit des Gremiums werde zwar immer wieder belächelt, aber in Krisenzeiten sei es zur Stelle. Beispiele wie Swissair, UBS-Rettung, Bankgeheimnis-Aufhebung, Atomkraft-Austritt u.a.m. würden das belegen: Wenn Not am Mann – oder am Werkplatz? – sei, werde entschieden. Das zu wissen, sei beruhigend.

Eine weitere bekannte, aber wichtige Stärke der Schweiz sei ihr kleines Territorium, das sie häufig zwingt, mit dem Ausland zu kommunizieren oder Geschäfte zu tätigen. Dazu müssten sich die Schweizer in andere Mentalitäten und Rechtssysteme reindenken, womit sie sich Kenntnisse verschafften, die in grossen Ländern nicht in gleicher Masse vorhanden seien. Auch die Offenheit gegenüber Fremdsprachen und fremden Kulturen sei eine Konsequenz dieser Kleinheit.

Schon diese Argumente lassen erahnen, dass Kleinheit keine absolute Grösse ist. Das lässt sich auch anhand der Arbeitsmarkteffizienz darlegen: Mit 8 Mio. Einwohnern gehört die Schweiz zu den kleinen Ländern der Welt. Doch zusammen mit Irland verfügt sie über die höchste Erwerbsquote: 82.5 % aller Einwohner zwischen 16 und 64 Jahren sind in den Arbeitsprozess integriert. Die Folgen liessen sich sehen, kommentierte Kappeler: Wenn 82.5 % der Bevölkerung arbeiten, rechnet er vor, müssten 4 bis 5 Erwerbstätige eine inaktive Person mitziehen. Wenn – wie in Frankreich – nur 63 % Lohn bezögen, müssten zwei diese Rolle übernehmen, mit entsprechenden Folgen für die Sozialversicherungen. Wenn die Schweizer im Durchschnitt 1'000 Stunden pro Jahr arbeiteten, die Franzosen nur 538, dann würde das die Wirtschaftskraft der beiden Länder nochmals in ein neues Licht rücken. Zum Vergleich: Frankreich zähle zwar 65 Mio. Einwoh-

ner, also 8mal mehr als die Schweiz. Rechne man die höhere Jahresarbeitszeit pro Kopf mit ein, sei die Schweiz indes nur viermal kleiner als die Grande Nation. Berücksichtige man alle weiteren Werte, zeige sich, dass die Schweizer Volkswirtschaft nur etwa ein Drittel der französischen ausmache und nicht ein Achtel.

Den Gefahren trotzen – ob das gelingt?

Die abschliessende Diskussion zeigte, dass die Voraussetzungen des Arbeitsplatzes zwar durchwegs gut, teilweise wohl zu gut sind. Inmitten von Sündern kommt auch der Tugendhafte nicht ungestraft davon. Das härteste Handicap, mit der die Schweiz bis auf weiteres fertig werden müsse, sei der starke Franken. Ein zusätzliches Risiko bestehe immerhin darin, dass verfehlte Regelungen des Auslands im Inland nachgeholt werden. Erste Anzeichen für eine zusätzliche Reglementierung des Arbeitsmarktes seien schon gesichtet. So wurden die EU-Richtlinien gegen Temporärarbeit übernommen, und es gebe Bestrebungen, den Kündigungsschutz zu verstärken und nationale Mindestlöhne einzuführen. Hier sei ebenso Wachsamkeit gefordert wie in vielen weiteren Fragen. Der Strukturwandel und der Trend zur tertiären Gesellschaft könne jedenfalls nicht aufgehalten werden. Die Zukunft des Arbeitsplatzes wird uns weiter beschäftigen.

*

CrossViews 2012

Organisatoren und Moderatoren:

Hans Jakob Graf, Präsident Inova Beirat, VR ewl energie wasser luzern
Peter Mendler, VR-Präsident, Inova Management AG, Wollerau

Die Referenten:

- Dr. Boris Zürcher, Direktor und Chefökonom BAKBasel Economics, Basel
- Dr. Josef Lang, Vizepräsident Grüne Partei Schweiz, Vorstandsmitglied GSoA Schweiz
- Christof Stürm, VR der stürmsfs ag, und CEO Steinemann Technology AG, St. Gallen/Shanghai
- Dr. Beat Kappeler, Publizist, Autor, ehem. Sekretär des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Weitere Informationen:

Sabine Ernsting, Inova Management AG, 8832 Wollerau
Sabine.ernsting@inova-ch.com
Tel. 044 786 33 11

*

Über Inova

Seit 1992 unterstützt die Inova Management AG ihre Kunden im Supply Chain Management, in der Logistik, Organisationsentwicklung und Informatik – von der Strategieentwicklung bis zur erfolgreichen Umsetzung. Unternehmen aus Industrie, Handel, Dienstleistung sowie der öffentlichen Verwaltung nutzen Inovas Know-how und Erfahrungen im Wertschöpfungsmanagement. Das Team besteht aus 25 erfahrenen, interdisziplinären Unternehmerpersönlichkeiten. Inova-Berater sind pragmatische Visionäre: Mit Fokus auf die praktische Umsetzbarkeit erarbeiten sie innovative, massgeschneiderte Lösungen. Das gemeinsame Projekt von Inova und der Zimmer GmbH zur Optimierung der Supply Chain Konfiguration wurde mit dem ASCO Award 2011 „Best Business Transformation“ ausgezeichnet.